

Landesbibliothek Oldenburg

Digitalisierung von Drucken

Oldenburger Landeszeitung. 1884-1886 1884

28.11.1884 (No. 152)

[urn:nbn:de:gbv:45:1-995759](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:gbv:45:1-995759)

Oldenburger Landeszeitung.

Die „Oldenburger Landeszeitung“ erscheint täglich mit Ausnahme der Sonntage und Festtage.

Vierteljährlicher Abonnementspreis incl. Bestellgeld 2 M., mit Bestellgeld 2,40 M.
Inseratenpreis für die 4 Spalten Zeile 10 S., von außerhalb des Großherzogthums 15 S.

Redaction: Gaststraße 1. Expedition: Mottenstraße 1.

N^o 152.

Freitag, den 28. November

1884.

Für den Monat December werden Abonnements auf die „Oldenburger Landeszeitung“ à 80 Pf., bei den Postanstalten à 82 Pf. angenommen.

Der Diätenantrag im Reichstag.

Die erste Berathung des Initiativantrags der freisinnigen Partei, in den Art. 32 der Reichsverfassung die in fast allen deutschen Verfassungen enthaltene Bestimmung, daß die Mitglieder des Reichstags Diäten und Reisekosten erhalten, aufzunehmen, ist durch eine kurze, aber inhaltreiche Rede des Herrn v. Stauffenberg eingeleitet worden, welche die großen und politischen Gesichtspunkte dieser Frage hervorhob. Seit 1876 ist die Diätenfrage im Reichstage formell nicht mehr zur Sprache gekommen. Wenn das jetzt wieder geschieht, so liegt der Grund dazu in der Thatsache, daß das Ergebnis der letzten Wahlen in schroffer Weise hat erkennen lassen, daß die Voraussetzungen, unter denen die Regierung bei der Verfassung im Jahre 1867 den Ausschluß der Diäten gewissermaßen erzwingen hat, nicht eingetroffen sind. Das unbeschränkte allgemeine und gleiche active Wahlrecht sollte durch eine Beschränkung des passiven Wahlrechts corrigirt werden, um der „Umsturzpartei“ eine starke Vertretung im Reichstage unmöglich zu machen. Daß dieser Zweck nicht erreicht worden ist, beweist der Umstand, daß die Diätenlosigkeit in Folge der Opferwilligkeit der Arbeiterbevölkerung keinen socialdemokratischen Abgeordneten verhindert hat, im Reichstag zu erscheinen. Wie die Partei dieses Mal 24 Mitglieder in den Reichstag geschickt hat, wird sie, wenn die Strömung anhält, in den nächsten Reichstag 50 oder 100 Mitglieder auch ohne Diäten eintreten lassen. Nicht die socialdemokratische Partei, sondern der Mittelstand, der Handels-, Gewerbe-, Handwerker- und Bauernstand wird durch die Entziehung der Diäten in der freien Wahl seiner Vertreter in der empfindlichsten Weise beschränkt, weil die Angehörigen dieser Klassen nicht im Stande sind, durchschnittlich jährlich drei bis vier Monate ihre Erwerbs- und persönlichen Interessen zu vernachlässigen und auf eigene Kosten in der Reichshauptstadt zu leben. Während dem jetzigen Reichstag unter 397 Mitgliedern nicht weniger als 130 Großgrundbesitzer angehören, ist die Zahl der Mitglieder des Handelsstandes und des eigentlichen Bauernstandes außerordentlich gering, das Handwerk ist weder in diesem noch in dem früheren Reichstage vertreten. So drängt die Verfassung der Diäten mehr und mehr zu einer unnatürlichen Zusammensetzung des Reichstags, zu einem künstlich hergestellten Uebergewicht der bestehenden Klassen, der Großgrundbesitzer, der Großindustriellen u. s. w., und zu einer langsam aber stetig zunehmenden Zurückdrängung des Bürgerstandes, des eigentlichen Kerns der Nation, während auf der äußersten Linken

die Socialdemokratie einen immer breiteren Raum einnimmt. Es tritt also auch auf diesem Gebiete der traurige Zug der neuen Zeit in den Vordergrund, daß der deutsche Mittelstand von oben, wie von unten angegriffen und zurückgedrängt wird. Mag der Bundesrath den freisinnigen Antrag annehmen oder ablehnen, auf alle Fälle hat die einzige Partei, welche zur Zeit rückhaltlos die liberale Sache vertritt, das Bewußtsein, daß sie bei Zeiten ihre Stimme erhoben, vor den Gefahren der Zukunft gewarnt und die Mittel zur Beseitigung derselben in Vorschlag gebracht hat.

Deutscher Reichstag. Berlin, 26. Novbr. 3. Sitzung. (Schluß.)

Abg. Hänel: Der Herr Reichskanzler sagt, es sei wünschenswerth, daß die socialdemokratischen Führer ihre Absichten offen darlegen. Besser läßt sich nicht gegen das Socialistengesetz argumentiren. Er hat damit anerkannt, daß wir Recht hatten, gegen das Gesetz zu stimmen. Der Herr Reichskanzler sagt, die Verfassung sollte uns ein noli me tangere sein. Hat der Reichskanzler, hat der Bundesrath sie als ein noli me tangere betrachtet? Waren sie nicht mit Verfassungsänderungen bei der Hand, als es sich darum handelte, die Redefreiheit des Reichstags zu beschränken und die zweijährige Budgetperiode einzuführen? Er sagt, die Diätenlosigkeit beruhe auf einem Compromiß, aber ich erinnere daran, daß der Reichskanzler es war, der damals gegen die Diäten Einsprache erhob und erklärte, es werde dem Verlangen nach Diäten im Wege eines Gesetzes entsprochen werden können, wenn die mit dem Wahlrechte gemachten Erfahrungen es angemessen erscheinen ließen. Von diesem Vorbehalte haben wir Gebrauch gemacht. Der Herr Reichskanzler behandelt den Antrag als von den Berliner Abgeordneten ausgehend. Wäre es dies, so würde es mir von den Berlinern sehr edel scheinen, weil ihnen die Diätenlosigkeit ein Privilegium gewährt. Der Antrag ist nicht ein Parteiantrag, sondern sieben Mal im Reichstage bereits zur Annahme gelangt. Ehrenämter werden nie so verstanden, daß die Kosten mit vergütet werden. Sehen wir uns doch die Aemter an, die wir durch die Kreis- und Provinzialordnung geschaffen haben. Dieses sind Ehrenämter und werden von aller Welt als solche betrachtet. Demgemäß ist mit ihnen auch kein Gehalt verbunden. Wohl aber wird bei diesen eine Entschädigung für alle baaren Auslagen und zwar mit vollem Recht gewährt. Weiter will unser Antrag auch nichts, nur den Ertrag der Reisekosten und der baaren Auslagen. Wer gegen diesen Antrag stimmt, der setzt sich also in directen Widerspruch mit der allgemeinen Auffassung des Begriffs Ehrenamt. Ferner aber setzt er sich auch in Widerspruch mit der allgemeinen Auffassung der constitutionellen Rechte, denn in allen Staaten mit constitutioneller Verfassung erhalten die Volkvertreter Diäten. Das ist

maßgebend für uns, denn es ist nichts künstlich Gemachtes, sondern das Resultat einer allgemeinen festgestellten Rechtsüberzeugung. Die Gegner unseres Antrages stehen aber auch weiter im Widerspruch mit der socialen Tendenz, die jetzt überall verkündigt wird. Wie steht es denn mit den Vermögensschichten in unserem Volk? Nicht mehr als etwa 2 1/2 pCt. unserer Einwohner haben ein Einkommen von mehr als 3000 M. Der Herr Reichskanzler erwähnte den Diätenfonds der Fortschrittspartei und meinte, daß die Abgeordneten dadurch gleichsam an die Partei verkauft seien. Ich kann Ihnen mittheilen, daß bei Schaffung des Fonds ausdrücklich beschlossen wurde, daß die einmal erfolgte Zulage der Gewährung von Diäten aus demselben an die Person geknüpft sein und die Haltung der Partei nicht von Einfluß auf die Zulage sein sollte. So suchten wir diesem Nothgedrungenen Auskunftsmittel, dem Diätenfonds, alles Drückende zu nehmen. Aber allerdings hat es, wie jedes Auskunftsmittel, seine Mängel, deren wir durch Annahme dieses Antrags überhoben zu sein wünschen. Darum haben wir diesen Vorschlag wiederholt, der bereits sieben Mal vom Reichstag mit stets wachsender Majorität angenommen ist. Wir müßten wiederholen, was die constitutionelle Forderung der großen Mehrheit des Reichstages ist und was dem Rechtsgefühl und dem Billigkeitsgefühl weitaus des größten Theiles des deutschen Volkes entspricht. (Beifall links.)
Reichskanzler Fürst Bismarck: Für die Verfassung der Diäten an die Reichstagsabgeordneten war der Grund maßgebend, daß wir den Parlamentarismus in Schranken halten wollten. Wir wollten die Landesinteressen vertreten sehen und mußten darum wünschen, keinen Berufsparlamentarismus aufkommen zu sehen, der besonders auch die lange Dauer der Sessionen verschuldet. Der Herr Vorredner hat mit dem ihm eigenen Pathos ganz besonderes Gewicht darauf gelegt, daß diese Forderung wiederholt von einer stets wachsenden Majorität dieses Hauses gestellt worden ist. Nun, ich kann Ihnen nicht nur wachsende, sondern einstimmige Majoritäten des Bundesrathes für unendlich viele Verfassungsänderungen anführen, denen Sie, wenn Sie dieselben nicht für richtig halten, gleichwohl nicht zustimmen werden. Lassen Sie sich nicht von dem Bundesrath imponiren, so lasse ich mir nicht vom Reichstage imponiren. (Oho! links.) Meine Herren, gewiß nicht! Ich darf mir von ganz Europa nicht imponiren lassen. Die Parteien befinden sich in dem Kampfe um die Herrschaft. Eine nationale, ich möchte sagen kaiserliche Politik wird von 3 Fractionen mit 157 Mitgliedern vertreten. Diese erstreben, die Herrschaft von Kaiser und Reich zu erhalten. Rund 100 kämpfen für die Herrschaft der Geistlichkeit. (Oho! im Centrum.) Sie (zum Centrum) sagen: Freiheit der Kirche. Was verstehen Sie unter Freiheit der Kirche? Sie verstehen das Herrschen der Kirche. (Oho! im Centrum.) Sobald dieser nicht Folge gegeben wird, ist von Unterdrückung und diöketianischer Verfolgung die Rede. Das Herrschen ist Ihnen eben so aus

Fenilleton.

Aus einer kleinen Stadt.

Novelle von A. Koller.
(Fortsetzung.)

Unmuthig warf sie den Kopf zurück, und die zahllosen Locken des seideweichen Haars flogen und flirrten in solcher Aufregung durcheinander, daß ein unsichtbarer Beobachter der jungen Frau unwillkürlich das Ohr gespitzt haben möchte, um jenem hohen, zarten Tone zu lauschen, welcher hätte entstehen müssen, wenn all' diese Locken, die das Haupt der jungen Frau umwogten, statt aus seidnem Haar aus eben so feinen, hellfarbigen Goldfäden gewebt wären. Die blühend rothen Lippen des kleinen Mundes zogen sich etwas trohig in die Höhe und ließen zwei Reihen der prächtigsten Zähne erblicken, alle von derselben eigenthümlichen, mattweißen Farbe der orientalischen Perlen, und an Form und Größe jeder einzelne die getreueste Nachbildung des andern. Das zarte, leicht gebogene Mädchen zitterte wie in heftiger Erregung und die lichtbraunen Augen, über welche die schmalen und feingezichneten Brauen in schönen Bogen gezogen waren, lächelten heute nicht schalkhaft, wie sonst wohl ihre Gewohnheit gewesen sein mochte, sondern schauten mit einem zwar kindlichen, aber immerhin doch trohigen Ausdruck umher; nur die breite, aber niedere Stirn der jungen Frau glänzte in der ungetrübten Reinheit des griechischen Marmors jener sonnigen Schönheit. Länger als eine halbe Stunde mochte vergangen sein, und noch immer schritt die junge Frau, deren zwar noch zarte, aber edle Gestalt der enganschließende Morgenrock von weichem Kaschmir erkennen ließ, mit allen Zeichen der Unruhe und Ungeduld durchs Zimmer, als ihr eiliger Gang plötzlich durch den Eintritt einer seit vielen Jahren im Hause dienenden Magd unterbrochen wurde.

„Frau Doctorin,“ sagte das sehr einfach gekleidete Mädchen, aber Herr Lieutenant von Linsberg, der bei den hiesi-

gen Husaren steht, sagt, er hätte „die gnädige Frau“ (diese Worte sprach das Mädchen im sogenannten unterstrichenem Tone) „von der Straße aus gesehen und ließe sich nicht gleich den anderen abweisen, da er „die Gnädige“ (wieder unterstrichen) „von der Residenz her kenne.“

Es leuchtete wie ein freundiger Blick in den Augen der jungen Frau, und rasch fragte sie:

„Ist es der Baron Alphons von Linsberg, Premier-Lieutenant vom Kronprinz-Husarenregiment?“

„Seinen Vornamen,“ antwortete das Mädchen, „kenne ich nicht; das Uebrige aber stimmt.“

„So bitte ihn, einzutreten,“ versetzte die junge Frau und erwartete, mit der rechten Hand auf den Flügel sich stützend, mit augenscheinlicher Freude den Baron, welcher bei größeren Gesellschaften mehrfach Gast im Hause ihres Vaters gewesen war, den sie außerdem von den Vätern der letzten, ihrer ersten Saison als einen der beliebtesten Tänzer kannte.

Baron Linsberg trat ein und ging nach einer tiefen Verbeugung elastischen Schrittes auf die junge Frau zu, erfaßte rasch deren Hand, drückte einen flüchtigen Kuß auf dieselbe und begann mit leichtem Lächeln:

„Nachdem ich sie gestern auf der Promenade gesehen, gnädige Frau, beileibe ich mich, Sie als Schicksalsgenossin in der Verbannung zu begrüßen.“

Der karrikirt tragische Ton, mit welchem die letzten Worte gesprochen wurden, rief ein flüchtiges Lächeln auf die Lippen der jungen Frau, und mit dem Tone der Gewißheit, hier Zustimmung zu finden, erwiderte sie:

„Also Sie finden es hier auch schrecklich, Herr Baron?“

Mit einer tiefen Verbeugung, die über die Bedeutung seiner Worte jeden Zweifel ausschloß, antwortete Linsberg:

„Bis heute habe ich es hier allerdings auch „schrecklich“

gefunden.“

Anna erröthete leicht über das etwas zu greifbare Compliment; aber sie war dergleichen aus ihren bisherigen Kreisen zu sehr gewohnt, um ein Wort der Abwehr für nöthig zu halten, und rasch wich auch der Rest von Befangenheit, die sich unwillkürlich der jungen Frau bei diesem ersten Alleinsein mit einem jungen Herrn aufgelegt hatte. Bald befand sie sich mit dem Baron in einer angeregten Unterhaltung, in welcher sie ihm mit etwas übermüthigem Tone alle jene kleinen Eigentümlichkeiten mittheilte, welche dem scharfen Auge der Großstädtlerin bei den Besuchen, die sie in Begleitung ihres Mannes gemacht, nicht entgangen waren. Während Anna's Rede sich in den Grenzen einer humoristischen Schilderung der kleinstädtischen Manieren hielt, mischte der Baron die schärfste Satire bei, und da Anna nicht unterlassen konnte, über des Barons beiführende Bemerkungen zu lachen, so ließ dieser bald seiner scharfen Zunge freien Lauf, wodurch er Anna nicht nur zu einer wenn auch nur gemäßigteren Nachfolge scharferer Kritik verleitete, sondern sie zugleich mit allen, vielleicht theilweise erdichteten Schwächen und Mängeln des Charakters und der Bildung derjenigen Personen bekannt machte, welche künftig den Hauptumgang für die junge Frau bilden mußten. Ihre Eingekommenheit gegen diese Personen wurde dadurch natürlich vermehrt, und als der Baron nach Beendigung der Unterhaltung um Erlaubniß bat, den Flügel probiren zu dürfen und nun in der Handhabung des Instrumentes eine Meisterhaft entwickelt, die eine wahrhaft künstlerische zu nennen war, da konnte Anna, die begeisterte Freundin der Musik, nicht umhin, dem Baron die Hand zu reichen und, wie das in größeren Städten ja garnicht selten geschieht, ihn zu bitten, ihr Haus ab und zu des Abends zu besuchen. Der Baron äußerte natürlich große Freude über diese Einladung und erabschiedete sich bald nachher, vollkommen zufrieden mit dem Eindrucke, den er auf die junge Frau gemacht, und diese selbst mußte sich in der That gestehen, daß die Stunde, welche sie mit dem Baron zusammen zugebracht, seit ihrer Anwesenheit in der kleinen Stadt die erste gewesen sei, während welcher sie sich wirklich unterhalten habe.

(Fortsetzung folgt.)

alter Tradition angeboren, daß Sie es als Beeinträchtigung ihrer Freiheit empfinden, wenn Sie darin behindert werden. (Bewegung im Centrum.) Wir haben dann 98 demokratische Abgeordnete — ich nenne sie Republikaner; denn ob sie sich fortschrittliche Royalisten oder royalistische Fortschrittler nennen, ist mir vollständig gleichgültig — und rechne zu den Demokraten die Fortschrittspartei, die Socialdemokraten und die Volkspartei. Sie kämpfen für ihre eigene Herrschaft. Endlich kommen 41 fremdländische Elemente, die das Reich an sich bekämpfen, das sind die Polen, die Franzosen, ich meine die Elsaßer, und bis zu einem gewissen Grade als indirecte Mitarbeiter die Welfen. Ich gebe diese Charakteristik, um zu begründen, warum mir die Majoritäten nicht imponiren. Sie finden sich nicht wegen des objectiven Inhalts der Vorlagen, sondern aus taktischen Gründen zusammen. Der Herr Vorredner hat eine Aeußerung von mir aus dem Jahre 1867 citirt. Ich war damals für weitergehende Rechte des Reichstags als die Vertreter der verbündeten Regierungen, weil ich der Ansicht war, daß die Gefahren, welche dem Reiche künftig drohen könnten, nicht vom Reichstage, sondern von den Regierungen ausgehen könnten. Man hat oft geglaubt, ich sähe in der Politik weiter als jeder Andere. Sie sehen, meine damalige Auffassung war irrtümlich. Ich habe mich in den 18 Jahren überzeugt, daß dem Reiche viel mehr Gefahr vom Reichstage als von den Regierungen droht. Wir standen damals unmittelbar nach dem Bürgerkriege. Meine damalige Meinung, daß durch die Regierungen die Einheit gefährdet werden könnte und daß ein von nationaler Gesinnung getragener Reichstag das festeste Band nationaler Einheit sein würde, war nabeliegend. Das ist nicht eingetreten, die Parteikämpfe sind stärker als das Nationalgefühl. Ich habe mich in jener Meinung an der citirten Stelle etwas leicht über die Diätenlosigkeit ausgesprochen. Da ich aber meinen Kollegen von den verbündeten Regierungen versprochen hatte, daß ich unbedingt daran festhalten würde, so erklärte ich am Schlusse derselben Verhandlung, daß die Regierungen darin einig seien, daß sie unter keinen Umständen die Zahlung von Diäten glaubten acceptiren zu können.

Abg. v. Schorlemer-Mst: Wenn der Herr Reichskanzler gesagt hat, ihm könne die Majorität des Reichstages nicht imponiren, so kann ich sagen, daß mir seine Ausführungen in keiner Weise imponirt haben. (Zustimmung im Centrum und links.) In der Aeußerung, es wären nur drei Parteien, welche mit dem Reichskanzler die Herrschaft von Kaiser und Reich erstrebten — das ist die geträumte, aber nicht zu Stande gekommene Mittelpartei (Heiterkeit) — liegt ein schwerer Vorwurf für die anderen Parteien, den ich mit aller Entschiedenheit zurückweise (Beifall im Centrum). Wenn der Herr Reichskanzler gesagt hätte, es sind drei Parteien, welche mir unbedingt folgen, so wäre es richtig bezeichnet. Der Herr Reichskanzler kann die Leute nicht vertragen, die ihm nicht unbedingt folgen. Daß die darauf gerichtete Mittelpartei nicht zu Stande gekommen, ist der Zorn des Herrn Reichskanzlers. Außer der Reichspartei sind alle Parteien bereits zu den Reichsfeinden gerechnet worden. Die Nationalliberalen sind jetzt wieder in der Rehabilitation begriffen und laufen bei fortgesetzter ruhiger Haltung keine Gefahr. Aber die conservative Partei ist stark dabei theilhaftig gewesen, und wenn sie Selbstständigkeitsgelüste äußert, wird sie auch wieder zu den Reichsfeinden gerechnet werden. Es kann der Augenblick eintreten, in dem Herr Binder und der Herr Reichskanzler allein als Reichsfeinde übrig bleiben. (Heiterkeit.) Der Herr Reichskanzler erwartet mit einer gewissen Sehnsucht das dritte Duzend Socialdemokraten; ich weiß nicht, ob er den Reichstag auflösen will; aber ich glaube, er wird sie dann finden. Die Socialdemokratie befindet sich jetzt mehr oder weniger unter Leitung der Regierung. Wie man dabei das Socialistengesetz aufrecht erhalten kann, verstehe ich nicht. Wenn man bei dem arbeitenden Volke die Meinung festsetzt, man meine es nicht aufrichtig mit ihm, so wird die Socialdemokratie wachsen. Heißt das für die Herrschaft der Geistlichkeit kämpfen, wenn wir die Regierungen und den Reichskanzler beim Zolltarif oder bei der Socialreform unterstützt haben, wenn wir verlangen, daß das Expatirungsgesetz, welches der Reichstag zwei Mal mit überwältigender Majorität abulirt hat, endlich abgeschafft werde? Heißt das nicht gleichzeitig für die Würde des Reichstages kämpfen? Die ablehnende Haltung des Bundesraths gegenüber diesem Beschlusse unmittelbar nach den Wahlen ist ein Schlag ins Gesicht aller Katholiken Deutschlands. Wenn wir Verfassungsparagraphen wiederherstellen wollen — der Herr Reichskanzler sagte, man solle Verfassungsparagraphen nicht ändern — so ist das kein Kampf für die Herrschaft der Geistlichkeit. Durch Opposition müde machen, ist nicht der Weg, den wir gehen. Wir sprechen offen unsere Forderungen aus und treten dafür ein, wir treten für die Wiederherstellung der uns verfassungsmäßig garantirten Rechte ein und werden uns durch keine Schlagworte davon abhalten lassen. (Bravo im Centrum.) Der Herr Reichskanzler hat die Absicht gehabt, Nationalliberale zu säen, und hat Socialdemokraten geerntet.

Abg. Frhr. Langwerth v. Simmern erklärt, daß die Abgeordneten der deutsch-hannoverschen Partei durchaus gute deutsche Patrioten seien und bleiben wollten, daß sie stets gegen die Feinde des Reichs, vornehmlich gegen die Franzosen, Front gemacht hätten, daß sie aber gerade als gute Deutsche nach der Wiedereinsetzung ihres alten angestammten hannoverschen Königshauses strebten.

Abg. Ridert: Mit der Behauptung, daß nur 157 Abgeordnete, also auch nur die Minorität der Wähler, treu zu Kaiser und Reich stehen, hat sich der Reichskanzler selbst das schärfste Urtheil gesprochen. Was wird das Ausland von der inneren Politik des Reichskanzlers denken, wenn das das Resultat derselben ist! (Sehr gut! links.) Der Reichskanzler steht hoch auch in unserer Bewunderung und in unserem Danke, aber als Richter über unsere innerste

Ueberzeugung erkennen wir ihn nicht an. Wir lassen uns von ihm nicht unseren Patriotismus absprechen. Wir bestehen auf unserem Recht und verlangen als patriotische Männer, daß er unsere Ueberzeugung achtet. Wir müssen das offen aussprechen, damit es an der richtigen Stelle gehört wird und damit das deutsche Volk weiß, daß wir eben so treu zu Kaiser und Reich stehen, wie der Reichskanzler. Wir können es nicht dulden, daß der Reichskanzler das Ansehen der Volksvertretung dadurch herabsetzt, daß er sie als baar jeder patriotischen Ueberzeugung hinstellt. Neu waren uns die Vorwürfe des Reichskanzlers nicht; denn wir haben sie bereits in der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ gelesen. (Gelächter links.) Wir sollen nach Herrschaft streben! Wann hat ein Mitglied unserer Partei eine der hohen Beamtenstellen bekleidet? Niemals, und nie hat Einer von uns danach gestrebt. Der Reichskanzler ist mit uns unzufrieden, weil er die Ansichten selbständiger Männer neben der seinigen nicht mehr duldet. Wir werden ihm nach wie vor jedes mal, wenn wir seine Politik für verderblich halten, unsere Ansicht nach Pflicht und Gewissen offen aussprechen und darnach streben, daß unsere Ideen zur Herrschaft gelangen, daß wir liberal, nicht dictatorisch regiert werden. Der Reichskanzler hat uns durch seine Kritik gezeigt, daß er mit den Wahlen keineswegs zufrieden ist und daß unsere Niederlage nicht so groß ist, als behauptet wird. Vielleicht wird dieser Reichstag keines natürlichen Todes sterben; denn mit einer Majorität von Republikanern und Geistlichkeitsdienern will er doch auf die Dauer gewiß nichts zu thun haben. Daß der Reichskanzler sich von uns nicht imponiren läßt, steht in grellen Widerspruch zu der von ihm anerkannten Pflicht, sich mit der Majorität in Einklang zu versetzen. An diese Pflicht hat der Reichskanzler auch nicht gedacht, als er den Beschluß wegen der Fahrkarten veranlaßte. Wir sind verlegt darüber, daß der Reichskanzler dabei uns gegenüber das uns gebührende Maß der Rücksicht aus den Augen gelassen hat und werden an geeigneter Stelle genau erörtern, ob durch diesen Beschluß nicht Verfassungsbestimmungen verletzt sind. (Beifall links.)

Reichskanzler Fürst Bismarck: Ich lasse mir das Recht zu einer Kritik des Reichstages eben so wenig nehmen, wie Sie sich das Recht zur Kritik meiner Politik. Den Wählern habe ich keineswegs den Patriotismus abgesprochen. Hinter Ihnen (nach links) steht nicht die Majorität der Wähler; Sie existiren nur mit Hilfe anderer Fractionen. (Sehr richtig!) Daß Sie nach Herrschaft streben, beweist Ihr Programm, beweist Ihr Verlangen nach parlamentarischer Regierung. Ich nenne Ihre Partei eine republikanische, denn der Name „Deutschfreisinnig“ will mir nicht über die Lippen, da sie weder deutsch, noch freisinnig ist. (Beifall rechts.) Bei der Republik kommt es nach meiner Ansicht auf die Erbllichkeit des Präsidenten nicht an. Für republikanisch halte ich diejenige Verfassung, durch welche der König gezwungen wird, etwas zu thun, was er freiwillig nicht thun würde. Eine solche Republik war die polnische und ist jetzt die aristokratische in England. Gegen eine solche Verfassung wehre ich mich nach Kräften, weil sie für unsere deutschen Verhältnisse nicht paßt. Wir haben drei gleichberechtigte Gewalten, die Krone, den Bundesrath und den Reichstag, deren Uebereinstimmung zur Ausübung der gesetzgebenden Gewalt nöthig ist. Gegen das Bestreben, den Eigenwillen des Reichstages zum Gesetz zu machen, werde ich mich aber stets wenden. Zur Herrschaft wird er nicht gelangen. Aber es erscheint doch nöthig, den Wählern zu sagen, daß der Reichstag bei uns nicht das einzig Maßgebende ist. Das ist er nicht und wird es auch nie werden. (Beifall rechts.)

Abg. Richter: Wir haben uns sehr gefreut, daß der Herr Reichskanzler sich von Frankreich und Rußland nicht imponiren ließ. Aber darf er den Reichstag, darf er das deutsche Volk wie Franzosen und Russen behandeln? Dann möge er doch gleich beantragen, zum Absolutismus zurückzukehren und ihm für seine Lebenszeit die Dictatur zu geben. Der in der Thronrede von Sr. Majestät dem Kaiser ausgesprochenen Zuversicht, den inneren Frieden im Reiche, so weit es nach menschlicher Unvollkommenheit möglich ist, zu sichern, konnte Niemand mehr zuwiderhandeln als der Herr Reichskanzler mit seiner heutigen Rede, die nur Zwietracht ansäen kann. (Beifall links.)

Der § 1 des Gesetzes wird mit 180 gegen 99 Stimmen angenommen. Der Rest des Gesetzes gelangt gleichfalls zur Annahme.

4. Sitzung. 27. November.

Tagesordnung: Staatsberatung. Staatssekretär Burchard: Wenn auch das Ergebnis der Staatsveranschlagung kein erfreuliches sei, so würde es doch eine Verleugnung der Sachlage sein, wenn von einem Deficit von 40 Millionen gesprochen würde. Ein Deficit könne wohl in den Etats der Einzelstaaten vorkommen, nicht in Reichsetat, der durch die Matricularumlagen stets balancire. Wichtig sei es allerdings, daß die Reichseinnahmen hinter den Erwartungen zurückgeblieben, die Einzelstaaten müssen statt Herauszahlung des Reiches an sie, jetzt Millionen für die Reichsbedürfnisse besteuern. Redner legt die Mehrausgaben und Mindereinnahmen ziffermäßig dar. Die erhebliche Steigerung der Ausgaben im Ressort des Auswärtigen Amtes, des Reichsamt des Innern und der Heeres- und der Marineverwaltung lasse auch den Abschluß des gegenwärtigen Etatsjahres recht unerfreulich erscheinen. Ganz besonders schwer falle der Ausfall der Rübenzuckersteuer ins Gewicht. Er absorbiere die Mehreinnahmen, die in andern Steuer- und Verwaltungsbezirken vorhanden seien. Der Ausfall der Rübenzuckersteuer betrage 21 Millionen, ohne daß die Möglichkeit ausgeschlossen sei, daß der Fehlbetrag sich noch höher stelle. Der Etat lege den Einzelstaaten die Mehrbelastung von 40 1/2 Millionen auf. Neben der Marine, dem Pensionsfonds und Auswärtigem Amte sei bei Mehrbedürfnissen namentlich die Post- und Telegraphenverwaltung theilhaftig. Die Tabaksteuer stelle einen Ausfall von mehr als drei Millionen in Aussicht. Die heftige Krisis in der Zuckerindustrie sei im Etat auf das allernachdrücklichste fühlbar. Der Hauptgrund der Calamität scheine die Ueberproduktion zu sein. Wir dürfen der Zuckerindustrie die schwierige Situation nicht mehr erschweren, und so erscheint es zweifelhaft, ob demnächst erhöhte Einnahmen aus der Rübenzuckersteuer zu erwarten sind. Wenn das Pensionsgesetz zu Stande kommt, die Dampfersubvention angenommen wird, werde auch dies eine nicht unerhebliche Mehrbelastung des Etats bedeuten, aber lediglich weil eine Steigerung der Ausgaben erforderlich werde, man notwendige Bedürfnisse nicht abweisen wollen, zumal die wirtschaftliche Lage Deutsch-

lands, wenn auch mancher Zweig noch zu wünschen lasse, im Allgemeinen besser geworden und im Allgemeinen befriedigend genannt werden könne. Die Steuerreformpläne der Regierung haben wiederholt Ablehnung erfahren, er wisse nicht, ob die Regierung in dieser Session einen neuen Versuch machen werde.

Abg. Richter bemerkt, daß die Steuerreform nur ein anderer Name für die Steuervermehrung sei. Ein Streit darüber, was Deficit sei, erscheine vollständig überflüssig. Rechnungsmäßig könne allerdings im Deutschen Reiche ein Deficit nicht entstehen. Aber Jedermann werde ein Deficit dann als vorhanden annehmen, wenn die bisherige Belastung des Volkes nicht mehr ausreiche, die Ausgaben zu decken. Danach seien schon 4 Deficits in Aussicht: eins für 1883/84 von 2000 000 M., ein weiteres für 1884/85 von 14 1/2 Millionen Mark, ein drittes für 1885/86 von 40 1/2 Millionen Mark, und für 1886/87 stelle sich der Etat schon wieder um 12 Millionen Mark schlechter als für 1885/86. Dabei fänden sich im Etat an Einnahmen gegen 1879 mehr 129 Millionen. Die Herauszahlungen an die Einzelstaaten hätten also längst wieder aufgehört; das Reich erscheine, um mit Frn. v. Scholz zu sprechen, wiederum als lästiger Kostgänger bei den Einzelstaaten bettelnd. Herr von Burchard habe seiner Partei den Vorwurf gemacht, daß sie alle Steuerreformpläne verhindert habe. Das sei unrichtig. Gerade von seiner Partei sei die Forderung ausgegangen, endlich eine Reform der Spiritus- und der Rübenzuckersteuer in die Hand zu nehmen. Man habe heute behauptet, daß die Steuerprojekte der Regierung nicht darauf angelegt seien, die Steuerlast an sich zu erhöhen. In der Botchaft vom Jahre 1881 sei ausdrücklich hervorgehoben worden, daß die neuen Steuern, die in Vorschlag gebracht worden, nicht aus fiskalischen Interessen gefordert würden, sondern um eine Umwandlung bestehender directer Staats- und Gemeinbesteuern, die sich als drückend erwiesen, herbeizuführen. Auch das Tabakmonopol habe angeblich zu Steuererleichterungen verwendet werden sollen. Aber es liege auf der Hand, daß man Alles, was man an Steuern herausbekommen hätte, zur Deckung von Mehrausgaben verwendet haben würde. In dem Augenblicke, wo man aus Steuern neues Geld bekommen haben würde, würden auch neue Bedürfnisse sich geltend gemacht haben. Die Ressortinteressen fänden bei uns eine so mächtige Vertretung, daß sich dem gegenüber die Vertretung der Interessen der Steuerzahler als zu schwach organisiert erweise. Unter diesen Umständen dürfe nicht mehr wie früher jede Mehrausgabe nur darauf geprüft werden, ob sich dieselbe als nützlich erweise, sondern ob sie nicht besser unterlassen werde, um die Einführung neuer Steuern zu verhindern.

In der Thronrede sei betont, daß die Fortentwicklung der Einrichtungen des Reichs neue Steuern nöthig mache. Er bestreite diesen Satz, der nichts weiter sei als ein Abstreuz der Staatsomnipotenz. Herr v. Burchard habe darauf hingewiesen, daß das Reich bis jetzt so gut wie keine Schulden habe. Aber schreite man in der Verwaltung des Reichsheeres und der Marine mit Ausgaben fort wie bisher, so würde unsere vortheilhafte Stellung im Vergleich zu den Nachbarstaaten bald beseitigt sei. Redner weist sodann darauf hin, daß es auffallend sei, weshalb die Genehmigung für die in Folge der Truppen-Dislocationen entstandenen Mehrkosten erst jetzt eingeholt werde. Ein Grund für diese Verzögerung sei nicht abzusehen. Auch die große Steigerung der Mehrausgaben in der Marineverwaltung sei nicht ohne Bedenken. Die Vermehrung der Kriegsschiffe drohte den Bestand zu übersteigen, den wir an geeigneten Mannschaften zur Besetzung dieser Fahrzeuge besäßen. Aus diesem Grunde sei es auch jetzt schon vorgekommen, daß Expeditionsschiffe mit ganz ungeübten Mannschaften besetzt werden müssen, ein Vorkommniß, das vielleicht eine Erklärung bringe für die vielen Unglücksfälle, von denen unsere Marine in letzter Zeit betroffen sei. Im übrigen müsse auch hervorgehoben werden, daß die häufigere Entsendung von Expeditionen im Ernstfalle für unsere Küstengegenden bedenklich werden könne. In der Civilverwaltung seien auch viele Gehalts erhöhungen in Aussicht genommen. Bedauerlicher Weise sollten die Aufbesserungen mehr den Subalternbeamten in den Ministerien als den unteren Beamten zu Theil werden, die der Gehaltsaufbesserung bedürftig seien. Redner geht alsdann auf den Befall der Rübenzuckersteuer ein, der nicht so kläglich gewesen sein würde, wenn wir einen wirklich verantwortlichen Finanzminister gehabt. Jetzt wisse man die Reform der Rübenzuckersteuer zurück mit der Behauptung, daß die Rübenzuckerindustrie sich in einer Nothlage befinde. Früher habe es geheßen, die Aenderung dieser Steuer sei nicht angebracht, weil man damit eine Industrie bedrohe, die allein sich in blühendem Zustande befinde.

Auch von Erhöhung der Getreidezölle werde wieder gesprochen und zwar von denen, die stets die Fürsorge für den kleinen Arbeiter im Munde führen. Was bedeuten dem gegenüber die Krankenkassen, was die Postsparkassen? Diese ganze Politik, ist das gerabeste Gegentheil einer Politik, die den inneren Frieden will. Deutschland ist heute im Innern uneiniger, als es zur Zeit war, wo die politische Einheit noch nicht bestand. Das Auftreten des Kanzlers trägt am meisten zum Unfrieden bei, er scheint auf einen Conflict hinzuarbeiten und auf eine Auflösung des Reichstages, die an einen Staatsstreich heranreichen würde. Wem die Zukunft am Herzen liegt, der helfe uns den Staatswagen von dem abschüssigen Wege ablenken, auf dem er sich jetzt befindet. (Beifall links.)

Abg. Freiherr v. Franckenstein erklärt im Namen des Centrums, daß dieses nur denjenigen neuen Ausgabenposten zustimmen werde, bei denen der Nachweis der Unaufschiebbarkeit und Nothwendigkeit erbracht ist. Gegenüber den traurigen Finanzlage sei die größte Sparsamkeit nöthig. (Beifall links.)

Freiherr v. Malgahn-Gülz entwickelt das conservative Finanzprogramm: es sei wohl nöthig, auch an die Schuldenamortisation zu denken, daher müßten neue Ein-

nahmequellen durch die Börsensteuer zunächst gesucht werden. Eine Reform der Zuckersteuer sei jetzt nicht möglich. Die Branntweinsteuer lasse sich nur unter Schonung der Landwirtschaft erhöhen; höhere Zölle aber, und besonders höhere Kornzölle, die auch der schlechten landwirtschaftlichen Lage aufhelfen könnten, seien wohl angezeigt. Abg. v. Benda wendet sich mit einer dringenden Aufforderung an alle Parteien, zu positiver Mitarbeit zur Heilung der Finanzen die Hand zu reichen. Auch er hält die Heranziehung des Börsengeschäftes und der Spirituosen für thunlich. Die von Herrn von Wedell wieder aufgegriffene Geschäftssteuer aber sei völlig verkehrt. Neben der Erschließung neuer Quellen sei Sparsamkeit aber ebenfalls zu rathen. Unvermeidliche productive Ausgaben würden sich natürlich nicht aufheben lassen, hinsichtlich der Bauten u., die ohne Befragen des Reichstages vorgenommen, werde es der Aufklärung bedürfen; die Unterbeamten müssen besser befolget werden, die Communallasten erleichtert werden. — Kriegsminister Bronsart v. Schellendorff setzt die Gründe des formellen Verstoßes bei den Bauten und Kosten für die politisch notwendig gewordenen Truppenlocalitäten auseinander. Dergleichen sei schon früher vorgekommen. — Finanzminister v. Scholz ergeht sich in einer Vertheidigung des Reichskanzlers und der Finanzpolitik im Reiche, und fordert schließlich v. Benda auf, an der Seite der Regierung zu stehen zur Durchführung der von dieser betonten Ziele. — Nächste Sitzung: Freitag 11 Uhr; Fortsetzung der Etatsberathung.

Deutsches Reich.

Berlin, 27. November.

Der Reichskanzler hat beim Bundesrath die Begünstigung der Fässer, in welchen amerikanisches Petroleum eingeführt wird, mit dem Böttcherwarenzoll von 10 Mk pro 100 kg beantragt.

Eine bemerkenswerthe sachkundige Prüfung der Dampfersubventionsvorlage in der „Hamb. Börsenhalle“ berechnet die Kosten der Subvention für Reichspostdampferlinien, falls diese den concurrirenden Schnellampfern fremder Nationen mindestens nicht nachstehen sollen, auf zwölf Millionen Mark jährlich, während bekanntlich die Regierungsvorlage nur 5400000 Mk fordert. Hierbei stellt sich heraus, daß diese Rechnung fast ganz genau mit den Sägen übereinstimmt, welche England (9,71 Mk) und Frankreich (9,30 Mk) ihren Linien pro durchlaufende Seemeile an Zuschuß gewähren.

In parlamentarischen, wie auch in politischen Kreisen hat es nicht geringe Aufmerksamkeit erregt, daß der Fürst Bismarck bei der diesjährigen Geburtstagsfeier der Frau Kronprinzessin anwesend gewesen, was seit längerer Zeit nicht der Fall gewesen, auch wird noch als besonders bemerkenswerth hervorgehoben, daß die hohe Frau eine längere Unterredung mit dem Reichskanzler unter vier Augen gepflogen.

Die Fraction der deutschen Conservativen hat den Antrag auf Einführung einer Börsensteuer beim Reichstag eingebracht. Es ist demselben ein Gesetzentwurf beigefügt, welcher im Großen und Ganzen den im vorigen Jahre von der Commission umgeänderten Regierungsentwurf wiedergibt, welcher bekanntlich wegen Schlußes der Reichstagsession im Plenum nicht mehr zur Berathung gelangte.

Die Generalversammlung des deutschen Handelstags wird voraussichtlich für den 26. Januar n. J. berufen werden.

Am 24. ds. hat in einer vom Vorstande der freisinnigen Partei berufenen sehr zahlreichen Wählerversammlung in Danzig der Abg. Rickert die Niederlegung des Mandats motivirt; nach einem längeren, mit großem Beifall aufgenommenen Vortrage des Herrn K. Schrader wurde dieser nahezu einstimmig zum Candidaten für die am 4. Dec. stattfindende Nachwahl proclamirt.

Officiös werden die Andeutungen des Reichskanzlers über die Ausbeutung der Freifahrtkarten durch die Abgeordneten noch weiter ausgeführt; interessant ist, daß man im Reichstage Herren von der Rechten namhaft macht, die sich dieser Ausbeutung besonders schuldig gemacht haben sollen.

In dem Specialelat des Reichstags sind die Entschädigungen der Privateisenbahnen für die Bewilligung der freien Fahrt an die Reichstagsabgeordneten trotz der Einschränkung der Fahrfreiheit wie im letzten Etat auf 48000 Mk veranschlagt.

Das einzige dänische Mitglied des Reichstags, Abg. Junggren, hat einen Antrag wegen Berücksichtigung der dänischen Sprache in den Volksschulen eingebracht.

Die Conferenzen nahmen heute sämtliche Vorschläge der Commission über die Grenzen des Congobeckens in allen wesentlichen Punkten an, einschließlich des von der Conferenz auszudrückenden Wunsches betreffs der Ausdehnung des Congogebietes nach Osten unter Wahrung der dort bestehenden Souveränitätsrechte, welche namentlich von Portugal, Zanzibar und einem eingeborenen König ausgeübt werden.

Generalpostmeister Stephan gedenkt im Reichs-Postmuseum eine Ausstellung von schwer zu entziffernden Briefadressen einzurichten. Sämmtliche hiesigen Postanstalten sind deshalb angewiesen worden, auf Briefsendungen mit derartigen Aufschriften zu achten und die Empfänger um Rückgabe der betreffenden Couverts bezw. Postkarten zu ersuchen. Dieselben sind demnächst dem Berliner Stadtpostamt zuzustellen.

Die gestrige Versammlung des für die Errichtung eines Reichshandelsmuseums eingesetzten Comité's, woran zahlreiche hervorragende Vertreter des Handels und der Industrie theilnahmen, beschloß die Errichtung eines Reichshandelsmuseums in Berlin und einiger zweckmäßig eingerichteten Zweiganstalten in andern geeigneten Orten Deutschlands zur Information des heimischen Handels und der

Industrie über die Production und Consumbedürfnisse des Auslandes unverweilt einzuleiten, setzte einen Executivausschuß von vierzehn Mitgliedern ein und beauftragte denselben mit den einleitenden Schritten.

Stade, 26. Nov. Heute wurde in einer außerordentlichen Sitzung der Strafkammer des hiesigen Landgerichts gegen den Herrn Regierungsassessor Glogau, der bis vor kurzem das Amt Neuhaus a. d. Oste verwaltete und sich während der Wahlagitation in einem Wirthshause beleidigende Aeußerungen gegen den damaligen Reichstagsabgeordneten des 19. hannoverschen Wahlkreises, Herrn Cronmeyer, hatte zu Schulden kommen lassen, verhandelt. Die durch Herrn Assessor Mulet vertretene Staatsanwaltschaft beantragte, den Angeklagten der Beleidigung und Bedrohung, sowie auch der körperlichen Mißhandlung für schuldig zu befinden und auf eine Strafe von je 100 Mk wegen der beiden ersten Vergehen und auf eine solche von 200 Mk wegen körperlicher Mißhandlung zu erkennen. Der Gerichtshof schloß sich jedoch diesem Antrage nicht völlig an, indem er den Angeklagten nur wegen der beiden ihm zur Last gelegten Handlungen zu einer Geldstrafe von 300 Mk verurtheilte.

Ausland.

Paris, 27. Nov. Die „Agence Havas“ meldet: Die zwischen Frankreich und Marokko bestehenden Schwierigkeiten sind beseitigt, indem der Sultan in einem an Ordeja gerichteten Schreiben die betreffenden Maßnahmen der marokkanischen Beamten vollständig desavuiert.

Heute feuerte in dem Schwurgerichtssaal Frau Clovis Huguès, die Gattin des Deputirten der äußersten Linken, mehrere Revolvergeschosse auf einen gewissen Morin ab, welcher sie früher verleumdet hatte. Morin ist todt.

London, 27. Nov. Gestern Morgen wurde versucht das Stadthaus in Roynet unweit Oldham in die Luft zu sprengen. Unter einem Kellerfenster explodirte eine mit Dynamit geladene Höllemaschine, wodurch Thüren und Fenster des Gebäudes zerschmettert wurden. Niemand wurde verletzt.

Aus dem Großherzogthum.

Oldenburg, 28. November

In dem Vorstand der allgemeinen Ortskrankenkasse der Stadt Oldenburg sind gewählt die Herren: Wattenfabrikant Freese, Bildhauer Högl, Barbier Rosenbaum, Klempnermeister Köster, Maler Fröhling, Steinhauer Manke, Steinhauer Lichtenberg, Töpfer Daum und Küper Wierker.

Die theilhaftigen Kreise der Arbeitgeber und Arbeitnehmer in hiesiger Stadt machen wir auf die Bekanntmachung des Stadtmagistrats über die Ausführung der Bestimmungen des Reichsgesetzes betr. die Krankenversicherung der Arbeiter, im Inseratentheil der heutigen Nummer aufmerksam.

Die vom Gewerbe- und Handelsverein auf gestern Abend zur Berathung über die projectirte Eisenbahn Ahlhorn-Bechta einberufene Versammlung, zu der auch Nichtmitglieder des Vereins eingeladen waren, war leider, wie das ja hier selbst bei den brennendsten Tagesfragen in der Regel der Fall ist, schwach besucht. Der Vorsitzende, Herr Fabrikant Wilh. Hoyer, gab zunächst einen kurzen Ueberblick über die Resultate der letzten gleichfalls in dieser Angelegenheit abgehaltenen Versammlung der Vereins, betonte, wie schon bei allen bisherigen Bahnbauten im Herzogthum die Wünsche der Landesvertretung und der Interessenten gegenüber den von der Regierung geltend gemachten Motiven keine Berücksichtigung gefunden, und hielt es für rathsam, daß seitens des Gewerbe- und Handelsvereins eine Petition an die Staatsregierung und den Landtag gerichtet werde, dahingehend, daß die projectirte Eisenbahn schon jetzt bis Lohne durchgeführt werde, da einerseits eine Rentabilität der nur bis Bechta ausgebauten Strecke sehr unwahrscheinlich sei, andererseits aber die weitere Durchführung derselben bis Lohne nicht nur eine solche für die ohnehin nicht allzu hohen Mehrkosten von ca. 150—160000 Mk , sondern auch für die ganze Strecke in Aussicht stellen, und außerdem die Industrie Lohne's ganz entschieden fördern würde. Seitens des Landtagsabgeordneten Herrn Cigarrenfabrikant Clodius-Lohne wurde unter Berufung auf seine Ausführungen in der letzten Versammlung hervorgehoben, daß die Stadt Lohne event. bereit sein würde, falls die Regierung wegen der angeblichen Schwierigkeiten bei der Feststellung der Trace nur die auf alle Fälle einzuschlagende 5 km lange Streckebau zu wolle, an dem 2 km von der Stadt entfernten Endpunkt dieser Strecke provisorische Bahnhofsanlagen zu schaffen. Auch Herr Bankdirector Thorade trat für den sofortigen Ausbau bis Lohne aus den von ihm in der Commission des Landtags geltend gemachten Gründen warm ein. Nachdem noch Herr Kaufmann Gätjen auf die Bedeutung des Weiterbaues bis Lohne für die Industriellen der Stadt Oldenburg hingewiesen, wurde ein von Herrn Rathsher Schäfer gestellter Antrag, eine diesbezügliche Petition an die Regierung und den Landtag zu richten, einstimmig angenommen und der Vorstand des Gewerbe- und Handelsvereins mit der sofortigen Abfassung und Absendung derselben beauftragt.

Dem Bericht des Eisenbahnausschusses betr. den Bau einer Eisenbahn von Ahlhorn nach Bechta entnehmen wir, daß der Ausschuß sich nach eingehender Prüfung einstimmig für die Regierungsvorlage ausgesprochen hat. Eine Petition des Stadtmagistrats zu Cloppenburg, die Bahn von Cloppenburg nach Bechta abzuzweigen, konnte keine Berücksichtigung finden, weil die Linie Cloppenburg-Bechta

um ca. 2 km länger, ferner auch wegen der vorhandenen größeren technischen Schwierigkeiten theurer sein und endlich weil der Verkehr zwischen Bechta und Oldenburg über Cloppenburg durch die um ca. 20 km größere Entfernung geschädigt würde. Eingehende Beachtung hat der von den Abgg. Clodius und Thorade vertretene Antrag des Handelsvereins zu Lohne gefunden, welcher den Ausbau der Linie Ahlhorn-Lohne forderte. Es heißt dann in dem Bericht weiter:

Begründet wurde dieser Antrag durch den Hinweis auf die schon jetzt nicht unerheblich entwickelte Industrie in Lohne, welche der Bahn einen namhaften Güterverkehr sichert. Während jetzt der Transport per Achse über Diepholz gehe, werde bei Herstellung der Bahn Ahlhorn-Lohne der gesammte Verkehr durch diese vermittelt werden und derselben eine Einnahme bringen, welche jedenfalls das Anlagecapital der Strecke Bechta-Lohne voll zu verzinsen im Stande sei, wobei außerdem beachtet werden müsse, daß alsdann die Güterbewegung von und nach Lohne auch über eine sehr erprobte Strecke der übrigen Oldenburgischen Bahnen gehen werde. Sei hiernach jedes finanzielle Risiko für den Staat ausgeschlossen, so könne doch auch die Beschaffung des ohnehin geringen Mehrcapital's von ca. 200,000 Mark keinen Schwierigkeiten begegnen. Der baldige Anschluß von Lohne sei eine Lebensfrage für das weitere Aufblühen von Handel, Gewerbe und Industrie dieses Ortes. Wenn dieser Anschluß nicht jetzt vollzogen werde, so könne man sich auf lange Zeit hin getrost jeder Hoffnung begeben, denn wenn der Grundriß aufrecht erhalten werde, daß künftig nur aus Ueberschüssen im Staatshaushalt Bahnen gebaut werden sollen und daß speciell die Bahn Ahlhorn-Bechta nur nach thatsächlich erbrachtem Rentabilitätsnachweis weiterzuführen sei, wie das die Regierungsvorlage in Aussicht nehme, dann werde Lohne schließlich eine Eisenbahn erhalten.

Beachtenswerth sei ferner der in einer Petition des Amtsraths des Amtes Bechta, betreffend den Bau der Linie Ahlhorn-Lohne erwähnte Umstand, daß durch die Führung bis Lohne der rege Verkehr der Bewohner des südlichen Theils des Amtes mit dem Amtssitz in Bechta wesentlich erleichtert und dadurch eine immerhin annehmbare Einnahmequelle für die Bahn erschlossen werde.

Gegenüber diesen Ausführungen wurde von der Mehrheit betont, daß schon im Hinblick auf die auch im Ausschusse wiederholte bestimmte Ablehnung aller über die Vorlage hinausgehender Wünsche seitens der Großherzoglichen Staatsregierung nur die Annahme der Linie Ahlhorn-Bechta übrig bleibe. Uebrigens sei auch sachlich für die zeitige Beschleunigung auf diese Strecke nicht allein die von der Mehrheit als dringend notwendig anerkannte Berücksichtigung unserer allgemeinen Finanzlage, sondern nicht minder die von der Eisenbahndirection hervorgehobene technische Schwierigkeit von Belang, die Trace für Bechta-Lohne festzustellen, bevor über die Richtung über Lohne hinaus, welche man doch mit der Zeit in Aussicht zu nehmen habe, feste. Baue man jetzt, so könnte sich je nach der Linie, welche ab Lohne künftig gewählt werden würde, immerhin das Erforderniß nicht allein einer Verlegung der Löhner Bahnhofsanlagen, sondern auch die Umlegung des ganzen Bahnkörpers in einer Strecke von 3 Kilometer geltend zu machen.

Ruhte hiernach die Mehrheit des Ausschusses unter Ablehnung aller zu dem vorliegenden Gegenstande eingegangener Petitionen sich streng auf den Boden der Vorlage stellen, so theilte der ganze Ausschuß die Ansicht der Staatsregierung hinsichtlich der Grunderwerbsfrage. Auch der Ausschuß betrachtet das Hauptnetz der Oldenburgischen Staatsbahnen als abgeschlossen und es wird sich künftig nur noch um die Herstellung untergeordneter Bahnen behufs Befriedigung mehr lokaler Bedürfnisse handeln können. Bei diesen Verkehrsanlagen wird stets eine mehr oder minder fräftige materielle Mitwirkung, zum mindesten aber die wünschenswerthe Bereitstellung des erforderlichen Terrains von den interessirten Gemeinden oder Amtsverbänden verlangt werden müssen. Für den vorliegenden Fall glaubt der Ausschuß gerathen einen bestimmten Antrag in dieser Richtung stellen und zur Annahme empfehlen zu sollen. Dabei wird allerdings als selbstverständlich vorausgesetzt, daß, sofern und soweit die Bahn Staatsländereien durchschneidet oder sonst in Anspruch nimmt, diese kostenlos herzugeben sein werden.

Ein Minderantrag der Abgg. Clodius und Thorade geht dahin: Der Landtag wolle an Großherzogliche Staatsregierung das dringende Ersuchen richten, unverzüglich eine den Bau einer Eisenbahn Bechta-Lohne betr. Vorlage beim Landtage einzubringen.

Jever, 27. Nov. Die „J. N.“ schreiben: Da die Mittel des hiesigen vaterländischen Frauenvereins zur weiteren Unterhaltung einer Gemeindegemeinschaft nicht ausreichen, soll der Versuch gemacht werden, Beiträge zu den Kosten aus der Bürgerschaft zusammenzubringen. — In der am Sonnabend stattgehabten Deputirten-Versammlung der „Jev. Mob.-Brand-Vers.-Gesellschaft“ wurden von den eingelieferten Anlagelgeldern im Betrage von 5500 Mk an 12 Personen, welche im Laufe des letzten Semesters durch Blitzschlag oder Brand Schaden erlitten hatten, Vergütungen in Beträgen zwischen 12 und 941 Mk , in Summa 3315,95 Mk geleistet. Die zur Hebung gekommene Anlage belastete die versch. Abth. mit 1 resp. 3 Mk pro 100 Mk der Versicherungssumme.

Auf den diesjährigen Viehmärkten in Jever sind im Ganzen zum Verkauf aufgetrieben worden: 9685 Stück Hornvieh, 3437 Schafe (Lämmer nicht mitgerechnet) und ca. 5356 Schweine, gegen 8165 Stück Hornvieh, 3252 Schafe und ca. 4330 Schweine im Jahre 1883.

Sorumerfel, 26. Nov. In der Nacht vom Sonnabend auf Sonntag war auf der sog. Erldumer Plate das Dampfschiff „Zwei Gebrüder“, Schiffer Nischen aus Carolinensiel, mit einer Ladung Roden von Bremerhaven nach Emden bestimmt, auf Strand gelaufen. Die Mannschaft, aus Schiffer und Steuermann bestehend, ist durch ein hiesiges Schiffsboot gerettet, da das Rettungsboot der hiesigen Station wegen zu niedrigen Wasserstandes, wie auch Schnee und Eis halber nicht gut auslaufen konnte und da das Fahrzeug hoch aufgetrieben war, die Rettung durch ein gewöhnliches Boot sich ausführen ließ. Nachdem am Montag und Dienstag durch 2 hiesige Fahrzeuge ein Theil der Ladung unter beschwerlichen Umständen geborgen worden, gelang es, das gestrandete Schiff mit dem Reste der Ladung wieder von der Plate abzubringen und ins Tief zu legen, von wo es baldmöglichst vor Siel geholt werden wird. Wie schwer das Schiff beschädigt, wird sich erst nach hier am Siel beschaffter gänzlicher Entlöschung feststellen lassen; jedenfalls ist ein Theil der Ladung durchkäst. (S. N.)

Oldenburgische Spar- und Leihbank.

Coursbericht

vom 28. November 1884.

	gekauft	verkauft
4% Deutsche Reichsanleihe (Stücke à 200 M im Verkauf 1/4% höher.)	103,30	103,85
4% Oldenburger Confol. (Stücke à 100 M im Verkauf 1/4% höher.)	102	103
4% Stollhammer und Butjadinger Anleihe	100,25	—
4% Zeversee Anleihe	100,25	—
4% Barefer Anleihe	100,25	—
4% Dammer Anleihe	100,25	—
4% Wildeshäuser Anleihe (Stücke à M. 100)	100,25	—
4% Brafer Sietachs-Anleihe	100,25	—
4% Oldenburger Stadt-Anleihe	100,25	—
4% Obersteiner Stadt-Anleihe	100,25	—
4% Wiesbadener Stadt-Anleihe	100,45	101,45
4% Landchaftliche Central-Pfandbriefe	101,45	102
3% Oldenburger Prämien-Anleihe per Stück in M.	146,75	147,75
4% Gutin-Lübecker Prior.-Obligationen	100,75	—
3 1/2% Hamburger Staatsrente	93,60	94,15
4% Preussische consolidirte Anleihe	103	103,55
4 1/2% Preussische consolidirte Anleihe	102,20	—
5% Italienische Rente (St. von 10000 fre u. darüber)	96,20	96,75

5% Italienische Rente (Stücke von 4000, 1000 und 500 fre.)	96,30	97
5% Russische Anleihe von 1884	95,55	96,10
4% Salzammergut-Prioritäten, garantirt.	93,80	94,35
4% Schwedische Hypothekentbank-Pfandbriefe von 78 (Stücke von 600 u. 300 M im Verkauf 1/4% höher.)	95,10	95,65
4% Pfandbriefe der Rheinischen Hypothekentbank	99,50	100,50
4 1/2% do. Braunschw.-Hannov. do.	100,30	—
4% do. do. do. do.	97,95	98,50
4% do. Preussische Boden-Credit-Actien-Bank	98,45	99
5% Borussia-Prioritäten	100,25	—
4% Norddeut. Lloyd-Prioritäten	98,95	99,50
Oldenburgische Spar- und Leih-Bank-Actien (Vollgez. Actie à 300 M 4% Zins vom 1. Jan. 1884.)	—	—
Oldenburger Eisenhütten-Actien (Augustfehn) 4% Zins vom 1. Juli 1884.)	—	87
Oldenb.-Portug. Dampfsch.-Aeth.-Actien (4% Zins vom 1. Jan. 1884.)	—	118,50
Oldenburger Versicherungs-Gesellschafts-Actien per Stück ohne Zinsen in M.	—	400
Wechsel auf Amsterdam kurz für fl. 100 in M.	167,95	168,75
" " London kurz für 1 Str.	20,39	20,49
" " New-York kurz für 1 DoL.	4,18	4,235
Holländ. Banknoten für 10 Gld.	16,75	—

Schiffsnachrichten.

Oldenburg, 27. Nov. Ang. von Brake: S. Reiners, C. Saase und S. Lühring. — Abg. nach Großenfel: C. Schmidt. Nach Brake: G. Köhne.

Bremen, 26. Nov. (Telegramme des Norddeutschen Lloyd.) Der Postdampfer „Eider“, Kapl. W. Willigerod, welcher am 19. November von Newyork abgegangen war, ist heute 2 Uhr Nachmittags wohlbehalten Hurst Castle passirt.

Der Postdampfer „Fulda“, Kapl. D. Seimbruch, hat gestern die achte diesjährige Reise via Southampton nach Newyork angetreten.

Der Postdampfer „Baltimore“, Kapl. Fr. Kessler, hat gestern die zweite diesjährige Reise nach Brasilien angetreten.

Der Postdampfer „Köln“, Kapl. G. A. Meier, hat heute die dritte diesjährige Reise nach dem La Plata angetreten.

Der Postdampfer „Hannover“, Kapl. Ph. Berdrow, ist am 23. d. wohlbehalten in Montevideo angekommen.

Waaren-Berichte.

Nordenhamm, 27. Novbr. (Bon J. Müller und C. C. Schramm & Co.) Wochenersand von Petroleum ab hier 6345 Barrel. Deutiger Lagerbestand 107 656 Barrel.

Bekanntmachung.

Am 1. Decbr. d. J. treten die Bestimmungen des Reichsgesetzes, betreffend die Krankenversicherung der Arbeiter, vom 15. Juni 1883 in Kraft. Zur Orientirung der dabei interessirten Kreise der Bevölkerung macht der Magistrat hierdurch folgendes bekannt:

Für die Stadtgemeinde Oldenburg sind vier Ortskrankenkassen errichtet, nämlich:

I. Die Allgemeine Ortskrankenkasse der Stadt Oldenburg.

1. In dieser Kasse müssen versichert werden, ausschließlich der Maurer, Tischler und Zimmerleute, für welche besondere Ortskrankenkassen errichtet sind, (s. unten) Personen, welche in der Stadtgemeinde Oldenburg gegen Gehalt oder Lohn beschäftigt sind:

a. In Bergwerken, Salinen, Aufbereitungsanstalten, Brüchen und Gruben, in Fabriken und Hüttenwerken, beim Eisenbahn- und Binnendampfschiffahrtsbetriebe, auf Werften und bei Bauten.

b. Im Handwerk und in sonstigen stehenden Gewerbebetrieben.

c. In Betrieben, in denen Dampfessel oder durch elementare Kraft (Wind, Wasser, Dampf, Gas, heiße Luft etc) bewegte Triebwerke zur Verwendung kommen, sofern diese Verwendung nicht ausschließlich in vorübergehender Benutzung einer nicht zur Betriebsanlage gehörenden Kraftmaschine besteht.

Sowen nicht die Beschäftigung ihrer Natur nach eine vorübergehende oder durch den Arbeitsvertrag im voraus auf einen Zeitraum von weniger als einer Woche beschränkt ist, als Gehalt oder Lohn gelten auch Lantienmen und Naturalbezüge, also namentlich auch freie Kost und freies Logis.

2. Es brauchen jedoch folgende Personen nicht versichert werden:

a. Personen, welche in Betrieben arbeiten, für welche eine Betriebs- (Fabrik-)Krankenkasse errichtet ist.

b. Die Mitglieder einer auf Grund des Titels VII der Gewerbeordnung errichteten, den Anforderungen des § 73 des Krankenversicherungsgesetzes entsprechenden Innungs-Krankenkasse.

c. Die Mitglieder einer auf Grund des Gesetzes vom 7. April 1876 oder auf Grund Landesrechtlicher Vorschriften errichteten, den Anforderungen des § 75 des Krankenversicherungsgesetzes entsprechenden Hilfskasse.

d. Handlungsgehilfen und Lehrlinge, Gehülfen und Lehrlinge in Apotheken.

e. Personen, welche in anderen als den oben sub 1a aufgeführten Transportgewerben beschäftigt werden.

f. Personen, welche von Gewerbetreibenden außerhalb ihrer Betriebsstätten beschäftigt werden.

g. Selbstständige Gewerbetreibende, welche in eigenen Betriebsstätten im Auftrage und für Rechnung anderer Gewerbetreibender mit der Herstellung oder Bearbeitung gewerblicher Erzeugnisse beschäftigt werden (Hausindustrie).

h. Die in der Land- und Forstwirtschaft beschäftigten Arbeiter.

i. Betriebsbeamte, deren Arbeitsverdienst an Lohn oder Gehalt sechsweidrittel Mark übersteigt.

k. Beamte, welche in Betriebsverwaltungen des Reichs, eines Bundesstaates oder eines Kommunalverbandes mit festem Gehalt angestellt sind.

1. Dienstboten.

3. Es sind berechtigt, dieser Kasse beizutreten:

a. Die von Gewerbetreibenden der unter 1a-c einschließlich bezeichneten Art gegen Gehalt oder Lohn beschäftigten Personen, deren Beschäftigung ihrer Natur nach eine vorüber-

gehende oder durch den Arbeitsvertrag im voraus auf einen Zeitraum von weniger als einer Woche beschränkt ist.

b. Die unter 2d bis m einschließlich aufgeführten Personen.

c. Die von Gewerbetreibenden der 1a bis e einschließlich bezeichneten Art ohne Gehalt oder Lohn beschäftigten Personen.

II. Die Ortskrankenkasse der Maurer in der Stadt Oldenburg.

1. In dieser Kasse müssen versichert sein:

Alle von Maurern in ihren Betriebsstätten innerhalb der Stadtgemeinde Oldenburg gegen Gehalt oder Lohn beschäftigten Personen, deren Beschäftigung weder ihrer Natur nach eine vorübergehende, noch durch den Arbeitsvertrag im voraus auf einen Zeitraum von weniger als eine Woche beschränkt ist, mit Ausnahme:

a. Die Mitglieder einer auf Grund des Titels VIII der Gewerbeordnung errichteten, den Anforderungen des § 73 des Krankenversicherungsgesetzes entsprechenden Innungs-Krankenkasse.

b. Die Mitglieder einer auf Grund des Gesetzes vom 7. April 1876 oder auf Grund Landesrechtlicher Vorschriften errichteten, den Anforderungen des § 75 des Krankenversicherungsgesetzes entsprechenden Hilfskasse.

2. Es sind berechtigt, der Kasse beizutreten:

a. Alle, innerhalb der Stadtgemeinde Oldenburg von Maurern gegen Gehalt oder Lohn beschäftigten Personen, deren Beschäftigung ihrer Natur nach eine vorübergehende oder durch den Arbeitsvertrag im voraus auf einen Zeitraum von weniger als einer Woche beschränkt ist.

b. Alle, innerhalb der Stadtgemeinde Oldenburg von Maurern mit Arbeiten ihres Gewerbes außerhalb ihrer Betriebsstätten gegen Gehalt oder Lohn beschäftigten Personen.

III. Die Ortskrankenkasse der Tischler in der Stadt Oldenburg.

1. In dieser Kasse müssen versichert sein:

Alle von Tischlern in ihren Werkstätten innerhalb der Stadtgemeinde Oldenburg gegen Gehalt oder Lohn beschäftigten Personen, deren Beschäftigung weder ihrer Natur nach eine vorübergehende, noch durch den Arbeitsvertrag im voraus auf einen Zeitraum von weniger als einer Woche beschränkt ist, mit Ausnahme:

a. Der Mitglieder einer auf Grund des Titels VIII der Gewerbeordnung errichteten, den Anforderungen des § 73 des Krankenversicherungsgesetzes entsprechenden Innungs-Krankenkasse.

b. Der Mitglieder einer auf Grund des Gesetzes vom 7. April 1876 oder auf Grund Landesrechtlicher Vorschriften errichteten, den Anforderungen des § 75 des Krankenversicherungsgesetzes entsprechenden Hilfskasse.

2. Es sind berechtigt, der Kasse beizutreten:

a. Alle innerhalb der Stadtgemeinde Oldenburg von Tischlern gegen Gehalt oder Lohn beschäftigten Personen, deren Beschäftigung ihrer Natur nach eine vorübergehende, oder durch den Arbeitsvertrag im voraus auf einen Zeitraum von weniger als einer Woche beschränkt ist.

b. Alle innerhalb der Stadtgemeinde Oldenburg von Tischlern mit Arbeiten ihres Gewerbes außerhalb ihrer Werkstätten gegen Gehalt oder Lohn beschäftigten Personen.

IV. Die Ortskrankenkasse der Zimmerleute in der Stadt Oldenburg.

1. In dieser Kasse müssen versichert sein:

Alle von Zimmerleuten in ihren Betriebsstätten innerhalb der Stadtgemeinde Oldenburg gegen Gehalt oder Lohn beschäftigten Personen, deren Beschäftigung weder der Natur nach eine vorübergehende, noch durch den

Arbeitsvertrag im voraus auf einen Zeitraum von weniger als einer Woche beschränkt ist, mit Ausnahme:

a. Der Mitglieder einer auf Grund des Titels VIII der Gewerbeordnung errichteten, den Anforderungen des § 73 des Krankenversicherungsgesetzes entsprechenden Innungs-Krankenkasse.

b. Der Mitglieder einer auf Grund des Gesetzes vom 7. April 1876 oder auf Grund Landesrechtlicher Vorschriften errichteten, den Anforderungen des § 75 des Krankenversicherungsgesetzes entsprechenden Hilfskasse.

2. Es sind berechtigt, der Kasse beizutreten:

a. Alle innerhalb der Stadtgemeinde Oldenburg von Zimmerleuten gegen Gehalt oder Lohn beschäftigten Personen, deren Beschäftigung ihrer Natur nach eine vorübergehende oder durch den Arbeitsvertrag im voraus auf einen Zeitraum von weniger als einer Woche beschränkt ist.

b. Alle innerhalb der Stadtgemeinde Oldenburg von Zimmerleuten mit Arbeiten ihres Gewerbes außerhalb ihrer Betriebsstätten gegen Gehalt oder Lohn beschäftigten Personen.

Die Arbeitgeber haben jeder von ihnen beschäftigten Person, welche nach dem Vorstehenden bei einer der vier Ortskrankenkassen versichert werden muß, spätestens am dritten Tage nach dem Beginn der Beschäftigung bei dem (für alle vier Klassen fungirenden) Kassener- und Rechnungsführer H. G. Müller, Donnerschwerstraße 71, der Gasanstalt gegenüber, anzumelden und spätestens am dritten Tage nach Beendigung des Arbeitsverhältnisses daselbst abzumelden.

Die Anmeldung muß außer dem Namen und dem Gewerbe des anmeldenden Arbeitgebers enthalten:

Den Vor- und Zunamen und die Beschäftigung sowie das Alter und den Wohnort des Anzumeldenden, den Zeitpunkt des Eintritts in die Beschäftigung.

Die Abmeldung muß enthalten: Den Vor- und Zunamen des Abzumeldenden, den Zeitpunkt des Austritts aus der Beschäftigung.

Die ersten Anmeldungen müssen in der Zeit vom 1. bis 8. December d. J. geschehen und zwar, um einem zu großen Andrang vorzubeugen, rückenweise an folgenden Tagen:

Am Montag, den 1. Dec.	Notte 1—6 incl.
" Dienstag, " 2. " "	7—12 "
" Mittwoch, " 3. " "	13—18 "
" Donnerstag, " 4. " "	19—24 "
" Freitag, " 5. " "	25—31 "
" Sonnabend, " 6. " "	32—37 "
" Montag, " 8. " "	38—43 "

und die 4 Bezirke des Stadtgebiets.

Die Kassenbeiträge werden durch Kassenboten wöchentlich im voraus eincaßirt werden.

Für jedes Kassenmitglied, das versichert werden muß, wird dem Arbeitgeber bei der ersten Beitragszahlung ein Quittungsbuch ausgehändigt, dem ein Kassenstatut vorgegedruckt ist und aus dem die Höhe der Beiträge und die eintretendenfalls zu gewährenden Unterstützungen zu ersehen ist.

Die Arbeitgeber haben die Beiträge einzuzahlen und zwar ein Drittel aus eigenen Mitteln und zwei Drittel vorschußweise für die von ihnen beschäftigten Kassenmitgliedern.

Die Verpflichtung zur polizeilichen Anmeldung der neu in die Gemeinde einziehenden Personen bleibt unverändert bestehen.

Die bisher hier bestehende städtische Krankenkasse für Gewerbsgehilfen etc. hört mit dem 1. December d. J. auf zu bestehen.

Oldenburg, den 26. November 1884.

Stadtmagistrat.

Beseler.

Bekanntmachung.

In der am Montag, den 1. Decbr. d. J., Nachm. 4 Uhr, auf dem Rathhause stattfindenden öffentlichen Sitzung der Armencommission wird Bericht über den Zustand des Armenwesens im Rechnungsjahre 1882/83 erstattet werden.

Oldenburg, den 25. November 1884.

Armencommission.

Beseler.

Hierdurch erlaube ich mir, mein

Polster-Möbel-Geschäft

in gütige Erinnerung zu bringen. Zugleich empfehle

einige gutgearbeitete schwarze Sopha's, recht billig. Achtungsvoll

C. Mühlmeier, Tapezierer u. Decorateur, Mottenstraße 22.

Zum bevorstehenden Weihnachtsfeste empfehle mich zum Polstern von Möbeln aller Art.

Wann soll der Platz vor dem Theater gepflastert werden?

Prima Honigfuchen, 1/2 kg 40 Pf., bei Tafeln 33 Pf., hellen Scheibenhonig, sowie ausgepreßten Honig empfiehlt billigst W. Stolle.

Wurst, 1/2 kg 80, 90, 100, 120, 140, 160 Pf., recht schönes Cornedbeef, Rauchfleisch, Schinken u. s. w. W. Stolle.

Meerrettig

in dicken kräftigen Stangen stets vorrätzig. W. Stolle.

Großherzogl. Theater.

Sonntag, den 30. Novbr. 45. Abonn.-Vorst. Julius Cäsar.

Trauerspiel in 5 Aufzügen von Shakespeare. Nach A. W. von Schlegel's Uebersetzung für die Bühne bearbeitet von Dr. Eduard und Dr. Otto Devrient.

Familien-Nachrichten.

Geboren: Lehrer Duden, Radorf, 1 T. Gestorben: Wilhelmine Schnitger, Tweelbäke.